

Niederschrift
der 05. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung

Sitzungsdatum: Dienstag, den 30.05.2017
Beginn: 17:00 Uhr
Ende 17:45 Uhr
Raum: Hansestadt Stralsund, Rathaus Konferenzsaal

Anwesend:

stellv. Vorsitzende/r

Frau Dr. med. Annelore Stahlberg

Mitglieder

Frau Kerstin Friesenhahn ab 17:10 Uhr

Herr Harald Ihlo

Frau Anett Kindler

Frau Maria Quintana Schmidt

Frau Sabine Tiede

Vertreter

Herr Tino Rietesel

Vertretung für Frau Sabine Ehlert

Frau Brigitta Tornow

Vertretung für Frau Dr. Heike Carstensen

Protokollführer

Frau Constanze Schütt

von der Verwaltung

Frau Sabine Fielitz

Frau Gleichstellungsbeauftragte

Frau Anja Schmuck

Tagesordnung:

- 1 Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Bestätigung der Niederschrift der 04. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung vom 19.04.2017
- 3 Beratung zu Beschlussvorlagen
- 4 Beratung zu aktuellen Themen
 - 4.1 zur Einführung einer / eines Kinderbeauftragten
Einreicher. SPD-Fraktion
Vorlage: AN 0061/2016
 - 4.2 Europäische Städte-Koalition gegen Rassismus (ECCAR)
Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Vorlage: AN 0038/2016

- 4.3 Bericht Seniorenbeirat und Vorstellung der neuen Beauftragten des Seniorenbeirates
- 5 Verschiedenes
- 9 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

Einleitung:

Von 9 Mitgliedern des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung sind zu Beginn der Sitzung 7 Mitglieder anwesend, womit die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Die Sitzung wird durch die stellvertretende Ausschussvorsitzende Frau Dr. Stahlberg geleitet. Es erfolgt eine Tonträgeraufzeichnung.

zu 1 Bestätigung der Tagesordnung

Frau Dr. Stahlberg weist darauf hin, dass das Thema unter TOP 4.3 auf einer der nächsten Sitzungen vertagt wird.

Die vorliegende Tagesordnung wird mit dieser Änderung bestätigt..

Abstimmung: 7 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

zu 2 Bestätigung der Niederschrift der 04. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung vom 19.04.2017

Die Niederschrift der 04. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung vom 19.04.2017 wird bestätigt.

Abstimmung: 5 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 2 Stimmenthaltungen

zu 3 Beratung zu Beschlussvorlagen

Es liegen keine Vorlagen zur Beratung vor.

zu 4 Beratung zu aktuellen Themen

zu 4.1 zur Einführung einer / eines Kinderbeauftragten Einreicher. SPD-Fraktion Vorlage: AN 0061/2016

Frau Dr. Stahlberg gibt einen Rückblick über das bisherige Verfahren zur Einführung eines Kinderbeauftragten in der Hansestadt Stralsund.

Sie gibt die Beratungsergebnisse der CDU/FDP-Fraktion wieder. Weiter äußert sie auch mögliche Alternativen wie den Familienbeauftragten. Durch den neuen Beauftragten könnte das Thema „Kinder und ihre Rechte in Stralsund“ weitreichender behandelt und fokussiert werden.

Frau Dr. Stahlberg ergänzt, dass der Name „Familienbeauftragter“ das Dasein des Kindes innerhalb der Familie unterstreicht und nicht das Kind als Einzelperson, denn Kinder sind nie allein im Alltag, sondern in der Obhut einer Familie.

Frau Tornow, welche Anregungen aus Sicht der SPD-Fraktion gibt, schildert die Situation aus anderen Städten. Als Beispiel nennt sie die Stadt Darmstadt.

Dort gibt es einen Kinderbeauftragten, welcher ebenso in Stralsund eingeführt werden könnte.

Frau Tornow berichtet von einem Telefonat mit diesem Kinderbeauftragten. Er sieht in der Stelle eine wichtige Aufgabe, wobei nicht die Familie, sondern die Rechte der Kinder im Vordergrund stehen. Sie ergänzt, dass es sich bei dem Beispiel aus Darmstadt um eine ehrenamtliche Tätigkeit mit Aufwandsentschädigung handelt.

Der dortige Kinderbeauftragte besitzt ein eigenes Büro, ist jedoch eine neutrale Person, ohne dem Jugendamt zugehörig zu sein. Somit kann er sich, unabhängig von Hierarchien, innerhalb der Verwaltung für Kinder und Familien einsetzen.

Frau Tornow berichtet, dass der Kinderbeauftragte als Verbindungsstelle zwischen Kindern und Politik gesehen werden kann. Sie geht auf alltägliche Beispiele wie Baustellen und deren Nutzen für die Bürger ein. Dort sollte der Fokus mehr auf Kinder und nicht nur auf Erwachsene gelegt werden.

Frau Tornow verdeutlicht, dass auf die Wahrnehmung und Bedürfnisse von Kindern mehr geachtet werden müsste.

Sie merkt an, dass die Stelle als Kinderbeauftragter eine Wichtigkeit für jede Stadt darstellt.

Frau Tornow verteilt eine Kopie zum Arbeitsspektrum des Kinderbeauftragten von Darmstadt.

Aus der Sicht von Frau Dr. Stahlberg sollte die Stelle durch eine Person besetzt werden, welche Lebenserfahrung besitzt, finanziell abgesichert ist und sich im Ruhestand befindet.

Frau Dr. Stahlberg hinterfragt, ob es sich bei dem Beispiel aus Darmstadt um den einzigen Kinderbeauftragten dort handelt. Sie betont, dass Darmstadt eine weitaus größere Stadt als Stralsund sei.

Frau Kindler, welche aus Sicht der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen argumentiert, findet es ebenso lohnenswert, dass man in Stralsund eine solche Stelle in Zukunft besetzen möchte. Sie möchte darauf aufmerksam machen, dass sich die Hansestadt Stralsund stetig verjüngt. Neben dem Seniorenbeirat, welche sich um die Anliegen der Seniorinnen und Senioren in der Hansestadt Stralsund kümmert, würde ein Kinderbeauftragter angesichts der steigenden Anzahl an fehlenden Kita-Plätzen sehr hilfreich sein.

Frau Kindler verweist auf das Haushaltssicherungskonzept und auf die Schwierigkeit weiterer freiwilliger Aufgaben.

Sie würde die Verwaltung bitten zu prüfen, in wie weit man Räume für ehrenamtliche Tätigkeiten zur Verfügung stellen könnte.

Frau Kindler regt an, die Struktur an Räumlichkeiten in der Hansestadt Stralsund erst zu prüfen, bevor man einen Aufruf für derartige ehrenamtliche Tätigkeiten veranlasst. Dabei geht sie auch auf die Möglichkeit ein, Räumlichkeiten mit Frau Patzelt vom lokalen Bündnis für Familie möglicherweise zu teilen, um damit eine Kooperation zu unterstützen.

Herr Ihlo schildert, dass Kinder überall im Vordergrund stehen sollten.

Dabei geht er auf die kostenfreie Nutzung der Bibliothek und der Sporthallen ein. Herr Ihlo würde gerne erfahren, wie weit der aktuelle Stand zum Thema kinderfreundliches Stralsund ist.

Die Ansätze von Frau Tornow in Verbindung mit dem Zuständigen aus Darmstadt befürwortet er sehr.

Frau Quintana-Schmidt merkt an, dass die Probleme der Kinder vorrangig sein sollten, die nicht alles durch ihre Eltern ermöglicht bekommen.

Sie schließt sich Frau Kindler an und schlägt vor, die Verwaltung zu beauftragen zu prüfen, ob man den Tätigkeitsbereich des Kinderbeauftragten innerhalb der Verwaltung integrieren kann.

Frau Tiede, berichtet, dass der Seniorenbeirat eine Zuwendung für eine Geschäftsstelle von der Stadt bekommt. Diese beträgt rund 3.100€, wobei jährlich 1.800€ für Miete anfallen. Frau Tiede greift das Thema der leerstehenden Räumlichkeiten z. B. im Bauamt auf. Aus ihrer Sicht sollte dort ein Kinderbeauftragter ein Büro und womöglich Unterstützung finden.

Frau Tiede gibt zu bedenken, ob nicht ein Psychologe für die Probleme der Kinder der richtige Ansprechpartner wäre.

Frau Dr. Stahlberg verweist auf das Projekt ‚Rettungsboot‘ von Frau Patzelt vom lokalen Bündnis für Familie. Neben ihrer Funktion als Chancenbeauftragte zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf engagiert sie sich für das lokale Bündnis für Familie. Dort gibt es auch Schwierigkeiten bei den Räumlichkeiten und bei den finanziellen Mitteln.

Frau Dr. Stahlberg unterstützt das Gesagte von Frau Kindler und würde ebenso eine finanzielle Unterstützung für das lokale Bündnis für Familie begrüßen.

Frau Kindler betont, dass Stralsund immer jünger wird. Man sollte mehr auf die Belange der Kinder eingehen. Die Problematik mit Kinderspielplätzen könnte laut Ansicht von Frau Kindler in den Zuständigkeitsbereich des Kinderbeauftragten fallen.

Auf die Problematik mit den Räumlichkeiten antwortet Frau Friesenhahn, dass die KISS Räume zur Verfügung stellt. Diese bietet Sprechzeiten und stellt somit einen Ansprechpartner auch in Zeiten, in denen der Kinderbeauftragte nicht im Büro wäre.

Frau Quintana-Schmidt hat Bedenken, ob die Räume der KISS nicht zu klein für die Arbeit des Kinderbeauftragten sein könnten.

Frau Friesenhahn betont, dass die Räumlichkeiten der KISS überschaubarer wären, als die im Bauamt.

Frau Dr. Stahlberg fasst zusammen und stellt einen Prüfauftrag an die Verwaltung.

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen:

1. ob Räumlichkeiten geschaffen werden, wobei das lokale Bündnis für Familie mituntergebracht werden könnte.
2. ob es sich um eine haupt- oder ehrenamtliche Tätigkeit handeln wird.

Frau Dr. Stahlberg lässt über den Prüfauftrag abstimmen.

Abstimmung: 8 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

**zu 4.2 Europäische Städte-Koalition gegen Rassismus (ECCAR)
Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Vorlage: AN 0038/2016**

Frau Schmuck, Migrations- und Integrationsbeauftragte der Hansestadt Stralsund, ist bei der Sitzung zu Gast.

Sie gibt einen Überblick über den aktuellen Stand bezüglich des Beitritts in die Städte- Koalition gegen Rassismus und den dazugehörigen 10-Punkte-Plan.

Dabei geht sie auch auf eine mögliche Erweiterung ihres Tätigkeitsbereichs ein.

Frau Schmuck erläutert, dass sie sich im Einvernehmen mit der Stadtverwaltung bereit erklären würde, die Aufgabe der Städte-Koalition gegen Rassismus zu übernehmen. Sie merkt an, dass es noch ein Finanzierungsproblem gebe. Stralsund müsste einen Mitgliedsbeitrag in Höhe von 500 € plus Reisekosten entsprechend dem jeweiligen Reiseziel in den Haushalt einstellen.

Frau Schmuck betont, dass die Stadtverwaltung die Mitgliedschaft sehr befürwortet, da schon die 2 Partnerstädte Kiel und Malmö Mitglieder in der Koalition sind.

Frau Dr. Stahlberg hinterfragt, ob Frau Schmuck mit ihrem neuen Tätigkeitsbereich ausreichend Zeit für ihre eigentliche Aufgabe hat.

Frau Schmuck erläutert, dass das Erstellen und die Durchführung des 10-Punkte-Plans nicht allein in ihrem Tätigkeitsfeld liegen und sich dadurch Aufgaben diesbezüglich aufteilen lassen.

Frau Kindler verdeutlicht, dass das UNESCO-Emblem als Zeichen für dieses Programm steht. Sie erläutert, dass viele Menschen sich bereits im Ehrenamt gegen Rassismus engagieren, jedoch fehlt die entsprechende Koordinierung dieser ehrenamtlichen Tätigkeiten.

Sie freut sich über die positive Rückmeldung von Frau Schmuck.

Frau Schmuck führt aus, dass der kommunale Präventionsrat sowie das Regionalzentrum für demokratische Kultur als Ansprechpartner bzw. Kooperationspartner berücksichtigt werden können.

Aus ihrer Sicht ist der Beitritt in die Städte-Koalition ein wichtiger Standortfaktor für Stralsund.

Frau Tiede erkundigt sich, an wen Frau Schmuck die Arbeit für die Städte-Koalition delegieren wird.

Diese antwortet, dass die von ihr bereits genannten Kooperationspartner sowie die SWG mbH, die AWO und das Kreisdiakonische Werk mit ihr zusammen arbeiten werden.

Frau Tiede hinterfragt die Richtlinien für Unternehmen des Immobilienmarktes zur Bekämpfung der Diskriminierung beim Verkauf bzw. Vermieten von Wohnraum.

Sie informiert sich, ob bei Verstoß der Richtlinien Konsequenzen folgen würden.

Frau Schmuck entgegnet, dass sich keiner dazu verpflichtet, aber einige Wohnungsgenossenschaften freiwillig dazu bereit erklären, der Diskriminierung entgegen zu wirken.

Frau Kindler erinnert, dass sich die Unternehmen, welche sich freiwillig bereit erklärt haben, als solche melden werden.

Frau Dr. Stahlberg möchte darauf aufmerksam machen, dass es sich hierbei um keine Pflichtaufgabe handelt.

Frau Kindler weist darauf hin, dass die Hansestadt Stralsund von dem großen Bündnis profitieren wird.

Frau Friesenhahn dankt Frau Schmuck für ihre Einsatzbereitschaft.

Frau Dr. Stahlberg fasst zusammen und stellt folgenden Prüfauftrag an die Verwaltung.

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen:

Ist es möglich, die neuen Aufgaben bezüglich der Städte-Koalition gegen Rassismus (ECCAR) in das Stellenprofil von Frau Schmuck mit dem Budget von 500€ Mitgliedsbeitrag sowie den Reisekosten zu integrieren.

Frau Quintana Schmidt befürwortet, das geplante Vorhaben in die Tat umzusetzen.

Frau Dr. Stahlberg fügt hinzu, dass eine Deckungsquelle zu benennen ist.

Frau Kindler merkt an, dass das erforderliche Budget laut Aussagen von Herrn Albrecht im Stellenprofil verankert sei.

Frau Dr. Stahlberg stellt den oben genannten Prüfauftrag zur Abstimmung.

Abstimmung: 8 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

zu 4.3 Bericht Seniorenbeirat und Vorstellung der neuen Beauftragten des Seniorenbeirates

Der Tagesordnungspunkt wurde unter TOP 1 vertagt.

zu 5 Verschiedenes

Die Ausschussmitglieder haben keinen Redebedarf.

Da es im nichtöffentlichen Teil der Sitzung keinen Beratungsbedarf gibt, entfallen die folgenden Tagesordnungspunkte.

gez. Dr. Annelore Stahlberg
1. Stellv. Vorsitzende

gez. Constanze Schütt
Protokollführung